

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/23b

1. Dezember 1976

Dank an Carlo Schmid

Zu seinem 60. Geburtstag am 3. Dezember

Von Herbert Wehner MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender der Sozial-
demokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag

Seite 1 und 2 / 45 Zeilen

Nicht den dritten vor dem zweiten Schritt machen !

Gegenvorschläge zum Warschaupakt-Vorschlag von Bukarest

Von Alfons Pawelczyk MdB
Mitglied der Bundestagsausschüsse für Auswärtiges und
Verteidigung und Vorsitzender des Unterausschusses für
Abrüstung und Rüstungskontrolle

Seite 3 und 4 / 67 Zeilen

Allianz für Frieden und Fortschritt

Die Diskussion über Kernkraftwerke bietet gesellschafts-
politische Chancen

Von Klaus Matthiesen MdL
Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Oppositionsführer
im Landtag von Schleswig-Holstein

Seite 5 und 6 / 82 Zeilen

Mit Sonthofen wars doch damals auch nicht anders !

Psychologische Hilfe zur Strauß-Erregung über die "Wie-
nerwald-Rede"

Von Knut Tarjung
Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag

Seite 7 und 8 / 73 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckart

Heussallee 2-1C, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 409
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 00 36-39
Telex: 03 26 840-48 ppbn c

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Dank an Carlo Schmid

Zu seinem 60. Geburtstag am 3. Dezember

Von Herbert Wehner MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender der
Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag

Zu den herausragenden Gestalten der Nachkriegsdemokratie in Deutschland gehört Carlo Schmid. Er ist nicht einzuordnen in eine Rangfolge. Er ist nicht austauschbar. Seine Persönlichkeit verkörpert kostbare Eigenheiten europäischen Geistes. Er ist im besten Sinne des Begriffes ein europäischer Patriot. Die Spuren seines Wirkens werden auch durch noch so aufregende Wirbel modischer Aktualitäten nicht verweht werden können.

Carlo Schmid hat vom ersten Tage nach Kriegsende an im damaligen Lande Württemberg-Hohenzollern Menschen aufgerichtet und zusammengebracht, einander beizustehen und die Voraussetzungen für die Ordnung der Lebensverhältnisse in mitbürgerlicher Verantwortung zu schaffen. Er ist in den Jahrzehnten seines Wirkens auch in den ständig größer werdenden Bereichen seiner Verantwortung immer der anregende inspirierende Helfer geblieben.

Als einer der Väter des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist Carlo Schmid der sprachmächtige Sachwalter republikanischer Geisteshaltung geworden. Er hat als Parlamentarier prägend gewirkt wie kein anderer. Daß er Vizepräsident und nicht Präsident des Bundestages war, daß er stellvertretender Vorsitzender und nicht Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten gewesen ist, sagt nichts über den tatsächlichen Rang seiner parlamentarischen Qualitäten.

Der Sozialdemokrat Carlo Schmid ist ein Aktivposten der Nachkriegsentwicklung der deutschen Sozialdemokratie. Er hatte weder den Ehrgeiz,

eine "Schule" oder Richtung zu bilden oder zu repräsentieren, noch wäre er entsprechend ein- oder unterzuordnen. Er gehört der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und durch ihn wirkt die ganze Sozialdemokratie in unserem Volke und verbindend zwischen den Völkern. Und dies beschränkt sich nicht auf eine Himmelsrichtung.

Als Mitglied der Bundesregierung während der Zeit von 1966 bis 1969 wie als Berater von Bundesregierungen in Jahren vorher oder danach hat Carlo Schmid stets dem Ganzen gedient und zu keiner Zeit den konkreten Einzelmenschen aus dem Auge verloren. Das gilt für Probleme der Verständigung mit anderen Völkern und Staaten wie für Einzelschicksale von Kriegsgefangenen und -verurteilten und für Menschen, die ihre Heimat verloren haben.

In einer Zeit des Abbröckelns wesentlicher gemeinsamer Erkenntnisse mag es nachdenkenswert sein, in Erinnerung zu bringen, was Carlo Schmid im Namen der sozialdemokratischen Fraktion des Parlamentarischen Rates am 20. Oktober 1948 zur Präambel des Grundgesetzes ausgesprochen hat. Diese Rede bringt eindringlich die Beweggründe des Handelns zum Ausdruck, die Carlo Schmid beseelen. In ihrem Schlußsatz heißt es:

"Aber nur der ist ein wahrer Patriot, der durch die Freiheit seines engeren Vaterlandes hindurch das große Vaterland will, das das Vaterland von unser aller Vaterländern ist, der Vaterländer der Sieger und der Besiegten dieses Krieges, und das heißt: Europa!"

Viele in Deutschland und in anderen Ländern haben Carlo Schmid für vieles zu danken. (~/1.12.1976/va/pr/ee)

+ + +

Nicht den dritten vor dem zweiten Schritt machen !

Gegenvorschläge zum Warschaupakt-Vorschlag von Bukarest

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied der Bundestagsausschüsse für Auswärtiges und Verteidigung
und Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Die Warschauer Pakt-Staaten haben vor wenigen Tagen auf ihrer Konferenz in Bukarest einen Vertragsentwurf über die "Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges" vorgelegt und die KSZE-Staaten zum Beitritt aufgefordert. In diesem Entwurf wird zum ersten Mal im Ost-West-Dialog ein vertraglich fixiertes Anwendungsverbot für nuklearen Ersteinsatz gefordert. Selbst das Abkommen zur Verhütung von Atomkrieg zwischen USA und Sowjetunion von 1973 sieht nur ein Krisenmanagement zur Verhütung von Situationen vor, in denen Nuklearwaffen eingesetzt werden könnten.

Die Annahme des Warschauer Pakt-Vorschlages würde eine grundsätzliche Änderung der gültigen NATO-Strategie bedingen. Bei Abkommen zwischen West und Ost muß immer das Gesamtpotential -das konventionelle und das nukleare - als Einheit gesehen werden. Dies wird im östlichen Vorschlag nicht berücksichtigt; deshalb würde die bestehende annähernde Parität zwischen NATO und Warschauer Pakt erheblich zum Nachteil des Westens verändert. Ein daraus resultierendes Ungleichgewicht wäre kein Beitrag zur Entspannung, sondern würde im Gegenteil das Spannungsgefälle erhöhen.

Ziel der Entspannungspolitik muß es sein, eine Konzeption zu verwirklichen, die den Einsatz aller militärischen Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele in zunehmendem Maße unmöglich macht. Zur Realisierung dieser Politik sollten sich West und Ost zunächst auf die Einlösung der Forderungen konzentrieren, die ihnen durch SALT, den Nichtverbreitungs-Vertrag und KSZE aufgegeben sind. Wer, wie der Warschauer Pakt bei seiner Konferenz in Bukarest, den dritten Schritt vor dem zweiten will, erweckt den Eindruck, daß er zur Zeit nicht an konkreten Ergebnissen im sicherheitspolitischen Bereich interessiert ist.

NATO und Warschauer Pakt sollten sich jetzt auf folgende Schritte verständigen:

1/ Rasche Verwirklichung der Forderungen aus der KSZE-Schlußakte bis zur Überprüfungskonferenz in Belgrad im Sommer 1977. Im Bereich der militärisch vertrauensbildenden Maßnahmen hat es seit Helsinki einige Fortschritte gegeben, jedoch bleibt gerade für den Osten hier noch einiges zu tun. Während der Überprüfungskonferenz sollte dann über neue Forderungen

für den militärischen Bereich beraten werden, um einen Stillstand zu vermeiden, der automatisch den Vertrauensbildungsprozeß negativ beeinflussen würde. Bei der Diskussion über neue Forderungen könnten Schritte vereinbart werden, die sich MBFR-günstig auswirken.

Ich denke z.B. an folgende Forderung: Truppenbewegungen in einen bestimmten geographischen Raum hinein oder aus einem heraus rechtzeitig vorher anzukündigen. Die "Anreicherung" der KSZE gerade im militärischen Bereich läge auch im wohlverstandenen Interesse der KSZE-Staaten, die nicht an MBFR beteiligt sind. Sie wollen nicht nur die Auswirkungen von MBFR-Entscheidungen spüren, sie wollen so weit wie möglich mitwirken. Auch aus dem Grunde war es wichtig, den Komplex militärisch vertrauensbildender Maßnahmen in die KSZE-Schlußakte aufzunehmen. Um die positive Mitarbeit aller KSZE-Staaten für die Zukunft zu sichern, sind hier weitergehende Ziele wichtig. Das Zusammenwirken aller KSZE-Staaten darf nicht dadurch gefährdet werden, daß nur substanzlose Ziele formuliert und realisiert werden sollen.

2/ Die Wiener MBFR-Gespräche dauern seit drei Jahren an. Im Gegensatz zur populären Meinung kann festgestellt werden, daß sich die Positionen von NATO und Warschauer Pakt soweit angenähert haben, daß ein erster konkreter Reduzierungsschritt möglich erscheint. Eine begrenzte Reduktion von Streitkräften beiderseits schafft kein Sicherheitsrisiko, kann aber ein wesentliches Element im Entspannungsprozeß bedeuten, weil damit zum ersten Mal konkret die Verringerung von Streitkräften auf beiden Seiten durch Abkommen stattfinden würde.

3/ Sowjetunion und USA werden nicht zuletzt aufgrund des Regierungswechsels in den USA noch große Anstrengungen unternehmen müssen, um rechtzeitig bis zum Auslaufen des SALT I-Interimsabkommens am 3. Oktober 1977 das SALT II-Abkommen abzuschließen. In dem Abkommen werden bestimmte nukleare Systeme einer vertraglichen Regelung unterworfen. Die übrigen Waffensysteme können unregelmäßig weiter ausgebaut werden, qualitativ und quantitativ, denn bisher werden diese Systeme weder von SALT noch von MBFR erfaßt. Hier kann Wildwuchs entstehen, der der Entspannungskonzeption auch deshalb zuwiderläuft, weil sie es erforderlich macht, daß es im sicherheitspolitischen Feld keinen Raum gibt, der nicht durch Verhandlungen unter Kontrolle gehalten wird.

(-/1.12.1976/vo/pr/ee)

+ + +

Allianz für Frieden und Fortschritt

Die Diskussion über Kernkraftwerke bietet gesellschaftspolitische Chancen

Von Klaus Matthiesen MdL

Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Oppositionsführer im
Landtag von Schleswig-Holstein

Die erneut aufgeflammete Diskussion über das Für und Wider von Kernkraftwerken birgt eine - wie ich meine - unwiederbringliche Chance, die nicht verstreichen darf. Ich denke dabei an die Fortsetzung jener Debatten, die wir vor Jahren über die gegenseitige Abhängigkeit von Lebensqualität, Wachstum und Umwelt geführt haben. Und ich denke auch daran, daß Sozialdemokraten in Bund und Ländern jetzt - um die Solidaritätsfront der Kernkraftkritiker zu stärken - die Möglichkeit hätten, sich auch mit jenen Teilen des Protestantismus und Katholizismus zu verbünden, die sich in den letzten Wochen zu Wort gemeldet haben.

Verstehen wir die Zeichen der Zeit richtig, so zeichnet sich als Begleiterscheinung der Kernenergie Diskussion die Offenlegung bestehender, wenn auch weithin noch verdeckter Gegensätze ab. Auf der einen Seite, von wenigen Ausnahmen abgesehen, das bürgerliche Lager der Befürworter von quantitativem Wachstum und Energiezuwachs und somit des Baus von Kernkraftwerken um jeden Preis. Jene haben ihre Lobby vor allem in der Wirtschaft, in CDU und CSU; aber leider nicht nur dort.

Auf der anderen Seite das Kontingent jener Bürger, die eine Baugenehmigung nicht nur von Sicherheitsgarantien, sondern auch von der Antwort auf die Frage an die Politiker abhängig machen, ob das Schritttempo des Wachstums und somit des Baus von Reaktoren von mehr Lebensqualität oder in erster Linie von wirtschaftlichen Gesichtspunkten diktiert ist. Zur letzten Gruppe gehören viele Christen beider Konfessionen.

Für die Sozialdemokraten kommt es darauf an, sich an die Spitze dieser beunruhigten Potenz für sinnvollen Fortschritt zu setzen. Der Fehler, den viele von uns seinerzeit im Krisenwinter 1973/74 gemacht haben, als wir den Aufbruch beachtlicher Bevölkerungskreise zu Denkmodellen qualitativen und gelenkten Wachstums verschliefen, darf sich nicht wiederholen. Dies gilt umso mehr, als das bürgerliche Lager, soweit es in den Unionsparteien vertreten ist, im Augenblick die tiefste Identitätskrise seit der Errichtung der Bundesrepublik durchmacht. Wir sollten die von Willy Brandt im Feld internationaler Beziehungen seinerzeit vorgeschlagene Allianz für Frieden und Fortschritt auch innenpolitisch im Rahmen unserer Vertrauensarbeit ansteuern.

Was eine mögliche Allianz der Fortschrittlichen Kräfte, unter ihnen Christen beider Konfessionen, betrifft, so zeichnen sich in der Kernenergie Diskussion gegenwärtig folgende Berührungspunkte kirchlicher mit sozialdemokratischer Positionen ab:

1/ Die Sicherung einer Umwelt, in der es sich jetzt und in zukünftigen Generationen noch zu leben lohnt, hat Vorrang vor der Steigerung linearen

Wachstums, was nicht zuletzt auch die Erhöhung der Zahl von Reaktoranlagen berührt.

2/ Der langfristigen Garantie ausreichender Ressourcen und Vollbeschäftigung muß deshalb eine mittelfristige Strategie des sparsamen Umgangs mit diesen Ressourcen und Energiequellen und - wenn nötig - die Einschränkung in anderen Bereichen einhergehen. Hierzu gehört auch die Abstimmung der Umweltbelastungen bei uns mit der Belastungstoleranz der restlichen Welt.

3/ Um zu einer praktikablen Umweltethik in der Industriegesellschaft hinzufinden, ist der Ausbau eines politischen Instrumentariums nötig, das die Zielausrichtung unseres Wirtschaftens im Sinne von mehr Lebensqualität sicherstellt. Dies kann nach Lage der Dinge nur dann gewährleistet werden, wenn sich der Staat im Rahmen einer demokratischen Wirtschaftsstrategie zur Ausschöpfung von Planungsinstrumenten entschließt. In diesem Zusammenhang sind die Forderungen von SPD und Gewerkschaften nach Investitionsmeldestellen bedeutsam.

4/ Was den Bau von Kernkraftwerken betrifft, würde das auf ein Moratorium hinauslaufen müssen. Von Sicherheitsfragen abgesehen, würden wir uns in einer Baupause auch darüber Gedanken zu machen haben, ob die Zahl geplanter Kraftwerke nicht durch eine Änderung unseres Lebensstils und Konsumverhaltens gesenkt werden könnte. In einem Bericht vor der EKD-Synode in Braunschweig Anfang November sprach sogar der Ratvorsitzende der EKD, Helmut Claß, davon, "durch Einparung von Energie und Erforschung alternativer Energiequellen Zeit zu gewinnen".

Überlegungen wie diese finden sich verstreut über offizielle kirchliche Verlautbarungen und nicht offizielle christliche Meinungsbekundungen der letzten Zeit. Ich erwähne nur die Argumentationshilfe des EKD-Beauftragten für Umweltfragen, Pfarrer Kurt Oesser, aus dem Jahre 1975 sowie den Bericht über die Ökumenische Konsultation von Sigtuna (Schweden) aus dem gleichen Jahr. Nicht zu vergessen die gerade angelaufene "Ökumenische Initiative Eine Welt", mit dem Ziel, einen adäquaten Lebensstil in einer Periode unvermeidbarer Einschränkungen zu finden.

Es wäre zu wünschen, daß sich z.B. die Evangelische Kirche in Deutschland in der gegenwärtigen Situation ihres leidenschaftlichen Engagements in der Atomdiskussion von 1957 erinnerte. Damals, am 22. Mai 1957, sagte die Lutherische Bischofskonferenz in einer Erklärung u.a.: "Wir handeln gegen Gottes Gebot, wenn wir an die Stelle der Furcht vor Gott die Angst vor der entfesselten Atomkraft treten lassen. Wir dürfen unser Vertrauen nicht auf eine selbstgeschaffene Sicherheit setzen".

Es wäre folgerichtig, wenn sich die Organe der EKD die Unruhe in weiten Teilen der Pfarrerschaft sowie unter den Laien Christen zu eigen machten und sich entschieden für ein Moratorium beim Bau von Kraftwerken einsetzten. Sogleich sollte die EKD klarmachen, daß eine Baupause keine Denkpause sein darf, sondern der Beantwortung der Frage dienen sollte, wieviel Wachstum und damit Energiestädgerung uns eigentlich von Nutzen sei. (-/1.12.1976/va/pr/ee)

+ + +

Mit Sonthofen war's doch damals auch nicht anders !

Psychologische Hilfe zur Strauß-Erregung über die "Wienerwald-Rede"

Von Knut Terjung

Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag

"Ich hoffe, daß es hier bleibt, was ich sage, und nicht, wie überhaupt, nehme ich die Verantwortung auf mich, soll's auch rauskommen." So Strauß am 24. November 1976 in München vor dem Landesausschuß der Jungen Union in Bayern.

Es mußte "rauskommen", was Strauß zu verantworten hat: Seine Kampagne gegen den sog. Kanzlerkandidaten der "Union". "Total unfähig" sei er, ohne die "charakterlichen, geistigen und die politischen Voraussetzungen", die ein solches Amt erfordere: "Ihm fehlt alles dafür." Kurzum: "Helmut Kohl wird nie Kanzler werden." Eine "Deutsche Volkspartei" wolle er, Strauß, ausrufen. Man solle endlich "Disziplin" lernen und begreifen, "daß die Einheit (der Union) nur mit mir und gegen mich die Spaltung unwiderruflich ist". Ein "Schranzenhaufen" sei die CDU, eine Ansammlung "politischer Pygmäen", nur "Reclam-Ausgabe von Politikern" mit "Pygmäen-Ideologie" und "Zwergen-Mentalität". Folgerichtig hält Strauß auch nichts von innerparteilicher Demokratie: "In unseren Kreisen sind strategische Entscheidungen nicht mehr durch alle Instanzen durchzupauken." So rechtfertigen sich Herrenmenschen vor dem Fußvolk.

Weil sich Strauß als Realpolitiker empfindet, weiß er, daß man bei solchen sich festschreibenden Äußerungen nicht ertappt werden sollte. Die Methode, mit der er versucht, Gesagtes und Gemeintes, das auf öffentliche Empörung stößt, zunächst ungesagt eracheinen zu lassen, hat bei Strauß und seinen Helfern in der CSU schon Tradition. Möglicherweise - so kündigte er an - werde er gerichtlich gegen diese Dokumentation im "Spiegel" vorgehen, denn der Straftatbestand der Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes sei erfüllt. Dieser Drohung fügt Strauß die Verleumdung hinzu, daß für den Text "Tausende von Mark" bezahlt worden seien. Der Eindruck soll erweckt werden, als gäbe ein derartig herbeigeschafftes Papier, das nur aus böswilligen Konstruktionen, Weglassungen und Veränderung der Zusammenhänge zusammengesetzt sein könne, das Gesagte nur verfälscht wieder. So vorbereitet, rechnet Strauß auf Wirkung seiner Deman-

tis: "Das, was mir in den Mund gelegt wird, ist nicht mein Werturteil über Helmut Kohl."

Tatsache ist jedoch: "Der Spiegel" hat versichert, die "Wienerwald-Rede" wortwörtlich, Silbe für Silbe, nur unter Kürzung unwesentlicher Passagen, die die tatsächlichen Aussagen überhaupt nicht verändern, dokumentiert zu haben. Auch die Wiedergabe der seinerzeit ebenfalls vom "Spiegel" veröffentlichte Sonthofener Rede hat sich als korrekt erwiesen. Wenn einige Monate verstrichen sind, wird Strauß auch die Authentizität seiner jüngsten rhetorischen Kraftakte rechthaberisch bestätigen.

Folgendes verdient in Erinnerung gerufen zu werden: Zu Beginn dieses Jahres hatte der CSU-Vorsitzende über seine Rede in Sonthofen gesagt: "Was stimmt denn nicht von dem, was ich in Sonthofen gesagt habe." Unmittelbar nach Veröffentlichung der Sonthofener Rede hingegen hatte Strauß bekanntlich einen gewaltigen Vernebelungsrummel veranstaltet, der der jetzigen Verschleierungskampagne ähnelt. Zunächst griff er sich eine Passage heraus: "Lieber eine weitere Inflationierung, weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen in Kauf nehmen, als das anzuwenden, was wir als Rezept für notwendig halten." Dies habe er nicht als Strategie empfohlen, sondern das sei die Politik der Regierung. Der Deutschen Presse-Agentur, der "Tagesschau", "heute" und einer Reihe von Zeitungen flatterten Gegendarstellungen und Klagedrohungen ins Haus. Die Einschüchterung ging so weit, daß sich Zeitungen weigerten, SPD-Anzeigen mit Zitaten der Strauß-Rede zu veröffentlichen.

Flankierend verbreitete CDU-Generalsekretär Gerold Tandler, daß die Auseinandersetzung mit der Rede von Strauß "von Pogrom-Hetze nicht weit entfernt" und nur zu dem Zweck veranstaltet sei, um Strauß "als potentiellen Bewerber um die Kanzlerkandidatur ausschalten zu können." Bei vielen Gelegenheiten wurde von Strauß und seinen Helfern behauptet, es handele sich um ein unseriöses Papier. "Ich habe von vornherein erklärt, daß der Text zum Teil falsch ist, zum Teil unvollständig ist, und daß ich keine Niederschrift jemals gesehen habe, geschweige denn eine solche Niederschrift autorisiert hätte." Und: "Sagen Sie nicht, Sie zitieren mich."

Warten wir's ab. In sehr absehbarer Zeit dürfte Franz Josef Strauß zu den "Wienerwald"-Attacken gegen den CDU-Vorsitzenden erneut rechthaberisch auftrumpfen mit dem Satz: Was war denn falsch an dem, was ich über Dr. Kohl gesagt haben soll? (-/1.12.1976/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller